

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Achim Kessler, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, Sylvia Gabelmann, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Cornelia Möhring, Jessica Tatti, Harald Weinberg, Pia Zimmermann, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Notstand in Kinderkliniken

Die Anzahl der Betten in Kinderkliniken sowie das für entsprechende Behandlungen zur Verfügung stehende Personal in Hessen, ist nach den Angaben betroffener Eltern in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Betroffen sind dabei laut Informationen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 22. Oktober 2018 nicht nur ländliche Regionen, sondern auch Großstädte und Ballungsgebiete wie Frankfurt am Main, Darmstadt, Wiesbaden und Kassel.

Dieser Missstand, der durch die zunehmende Ökonomisierung des Gesundheitssystems verursacht wurde, ist nicht auf Hessen beschränkt, sondern betrifft alle Bundesländer. Bundesweit wurden seit dem Jahr 1991 jede fünfte Kinderabteilung geschlossen und vier von zehn Betten in der stationären Kinder- und Jugendmedizin abgebaut. Diese Entwicklung bei gleichzeitiger Erhöhung der Patientenzahlen und einem starken Anstieg der chronischen Erkrankungen bei Kindern hat dazu geführt, dass behandlungsbedürftige Kinder in Krankenhäusern abgewiesen und oftmals kilometerweit zu einer anderen Klinik transportiert werden, oder nicht fachgerecht in Abteilungen für Erwachsene versorgt werden müssen. (Ärzteblatt: www.aerzteblatt.de/archiv/196510/Paediatric-Folgen-der-Oekonomisierung). In Anbetracht dieser Situation ist zu befürchten, dass eine rechtzeitige und angemessene Behandlung der Patientinnen und Patienten nicht gewährleistet werden kann.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Betten stehen nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit für Neugeborene, Säuglinge, Kleinkinder, Kinder und Jugendliche in Kinderkliniken und Krankenhäusern in den Abteilungen für Kinderchirurgie und Kinderheilkunde zur Verfügung (bitte nach Bundesländern für die letzten 10 Jahre in absoluten Zahlen sowie in relativen Zahlen auf 10 000 Einwohner auflisten)?
 - a) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie viele dieser Betten durchschnittlich nicht belegbar sind, weil sie wegen fehlendem Fachpersonal gesperrt werden müssen?
 - b) Falls keine entsprechenden Daten vorliegen: Plant die Bundesregierung zukünftig, diese Daten zu erfassen (bitte begründen)?

2. Wie viele Ärztinnen und Ärzte, Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pfleger sowie Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -pfleger stehen nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit für Neugeborene, Säuglinge, Kleinkinder, Kinder und Jugendliche in Kinderkliniken und Krankenhäusern in den Abteilungen für Kinderchirurgie und Kinderheilkunde zur Verfügung (bitte nach Bundesländern für die letzten zehn Jahre in Vollkräften, absoluten Zahlen sowie in relativen Zahlen auf 10 000 Einwohner auflisten)?
3. Wie viele Neugeborene, Säuglinge, Kleinkinder, Kinder und Jugendliche wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in Kinderkliniken und Krankenhäusern in den Abteilungen für Kinderchirurgie und Kinderheilkunde in den letzten zehn Jahren behandelt und wie viele wurden in diesem Zeitraum auf anderen Stationen behandelt (bitte nach Bundesländern auflisten)?
 - a) Wie viele Behandlungstage sind in diesen Bereichen in diesem Zeitraum angefallen (bitte nach Bundesländern auflisten)?
 - b) Wie hat sich die durchschnittliche Verweildauer in diesen Bereichen in diesem Zeitraum entwickelt?
 - c) Wie hoch ist die Bettenauslastung in diesen Bereichen?
4. Wie viele Fälle von Neugeborenen, Säuglingen, Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen sind der Bundesregierung bekannt, die aufgrund fehlender Betten oder fehlenden Personals abgewiesen bzw. nicht fachgerecht behandelt wurden?

Falls keine entsprechenden Daten vorliegen: Plant die Bundesregierung zukünftig, diese Daten zu erfassen (bitte begründen)?
5. Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Situation in Kinderkliniken vor dem Hintergrund der Berichte über eine strukturelle Unterversorgung mit Betten und Klinikpersonal?
6. Ist die stationäre Kinder- und Jugendmedizin nach Einschätzung der Bundesregierung durch die Fallpauschalen ausreichend finanziert?
7. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Situation in Kinderkliniken und die Versorgung mit Kinderbetten sicherzustellen und somit eine adäquate stationäre Versorgung von Kindern und Jugendlichen auch dauerhaft und langfristig sicherzustellen?

Berlin, den 10. Dezember 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.